SEPTEMBER 2022

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im September registrierte *borderline-europe* 11.878 Ankünfte von Geflüchteten, die über das Mittelmeer nach Italien gelangten. Das italienische Außenministerium registrierte 13.068 Ankünfte im selben Zeitraum. Auch die IOM, die 11.641 geflüchtete Neuankömmlinge zählt und die Zählung des UNHCR, der von 12.669 Ankünften im September spricht, unterscheiden sich von dem unabhängigen Monitoring von *borderline-europe*. Diese Unterschiede sind unter anderem auf einen Mangel an Transparenz und Zugang zu Informationen für unabhängige Beobachter*innen zurückzuführen. Das Ziel von *borderline-europe* ist es nicht nur reine Zahlen zu sammeln, sondern alle wichtigen Informationen über die Überfahrt wie unterlassene Hilfeleistungen, den Zustand der Personen auf dem Boot oder rechtswidriges Verhalten auf See zusammenzutragen.

Eine besorgniserregende Wendung, die nicht nur Italiens politischen Kurs, sondern auch den der Europäischen Union beeinflussen wird, ist der Wahlsieg der **Wahlallianz aus den Parteien Fratelli d'Italia, der Lega und Forza Italia** bei den italienischen Parlamentswahlen vom 25. September mit rund 44 Prozent der Stimmen. Die Allianz wurde von diversen rechtsextremen Parteien in **Europa beglückwünscht**. Mitunter sorgte das Versagen des Mitte-Links-Lagers geeint aufzutreten, dafür, dass die Rechte künftig eine klare, absolute Mehrheit im Parlament haben. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die Wahl der post-faschistischen Regierung um Giorgia Meloni auf die Anzahl der Ankünfte, wie auch die zivile Seenotrettung haben wird. Allerdings wird Melonis Vorhaben, eine sogenannte „Seeblockade“ einzuführen, die Aufnahme von Migrant*innen, die über das Mittelmeer kommen, erschweren und die Überfahrt der Menschen noch gefährlicher machen. Darüber hinaus wird die Realisierung einer staatlich organisierten Seenotrettung noch unwahrscheinlicher.

Das gemeinsame Regierungsprogramm der Parteien von extrem rechts bis Mitte-rechts beinhaltet 15 Seiten und ein sogenanntes Bekenntnis zur Nato und EU – verbunden mit der Ansage, dass nationale Interessen in der EU stärker geschützt werden sollten. Was das bedeuten mag, ist fraglich, denn Meloni ist bekennende EU-Skeptikerin. Ein weiterer Vorschlag des Programms ist die Einführung sogenannter „Hotspots“ für Migrant*innen, die jedoch außerhalb Europas eingerichtet werden sollen. Diese sollen dazu dienen, von dort aus die Asylanträge zu prüfen. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die politischen Entwicklungen in den nächsten Monaten auf die Arbeit der Seenotretter*innen, wie auch die Ankünfte haben wird.

Neben politischen Entwicklungen haben auch meteorologische Faktoren einen Einfluss auf die Ankünfte von Menschen. Im Monat September konnte bereits ein Rückgang der Ankünfte verzeichnet werden, da sich im Vergleich zum Vormonat die Wetterverhältnisse bereits verschlechtert haben. Im September gab es 4.435 Ankünfte weniger als im Monat zuvor. Besonders auffällig war, wie so oft, die Verweigerung von Rettungen von Seiten Maltas in der maltesischen Such- und Rettungszone. AlarmPhone, eine Notfall-Hotline für Menschen, die das Mittelmeer überqueren, veröffentlichte im September über seinen Twitter-Account mehrmals Warnungen, dass Boote zu kentern drohten; Malta reagierte jedoch nicht. Selbst wenn sie reagierten, taten sie nicht das, was sie versprochen: Menschenleben zu retten. Ein Handelsschiff berichtet der Organisation AlarmPhone, dass Malta angedroht hätte, Unterstützung für das Schiff zu untersagen, falls dieses einem Seenotfall von **60 Menschen auf dem Mittelmeer** assistieren sollte. Es zeigt, dass Malta sowohl keine eigenen Rettungen durchführt, als auch die Rettungen von Handelsschiffen oder privaten Booten erschwert.

TOTE & VERMISSTE

Das Mittelmeer forderte im September wieder viele Opfer. *borderline-europe* zählte insgesamt 510 Menschen, die auf der gefährlichen Route starben oder als vermisst gelten. Die Dunkelziffer dürfte jedoch weitaus höher liegen. Vor allem zwei Fälle sorgten für großes mediales Aufsehen in Italien. **Das 4-jährige syrische Mädchen Loujin** befand sich auf einem Boot mit 60 weiteren Passagieren, das im Libanon gestartet war, um wahrscheinlich Italien zu erreichen. In dem Gebiet zwischen Malta und Zypern fingen die Menschen an, Hilferufe zu versenden, die jedoch nicht beantwortet wurden. Zehn Tage lang trieb das Boot im Meer. Der Vater der kleinen Loujin bat über ein Satellitentelefon verzweifelt nach Hilfe. Auf dem Boot fand sich kein Proviant und Wasser, die Menschen hungerten und waren dehydriert. Zeug*innen berichteten, dass das Boot von mehreren Handelsschiffen gesichtet wurde, die die dramatische Situation der Menschen an Bord jedoch ignorierten. Diese Haltung kann auch auf die Politik der Kriminalisierung der Seenotrettung zurückgeführt werden, denn in einigen vergangenen Fällen mussten Handelsschiffe nach Rettungen mehrere Wochen am Hafen verweilen und erlitten wirtschaftliche Verluste. Die marokkanisch-italienische Aktivistin **Nawal Soufi** hatte Kontakt zu dem Boot und informierte die maltesischen Behörden, die angaben, dass Hilfe unterwegs sei. Allerdings erreichte erst mit viel Verzögerung ein Frachter das Boot. Das Herausögern der Rettung kostete Loujin ihr Leben - sie verdurstete.

Am 12. September erreichte ein **Patrouillenboot der italienischen Küstenwache mit 34 Migrant*innen** den Hafen von Pozzallo. Sechs von ihnen waren bereits tot, darunter zwei Säuglinge und ein Kind. Sie waren verdurstet, verhungert und hatten schwere Verbrennungen aufgrund der Sonne, der sie 14 Tage lang auf See ausgesetzt waren. Das Boot verließ die Türkei am 29. August. Dementsprechend kamen sie über die ionische Route, die deutlich länger und gefährlicher ist als die Route von Nordafrika nach Europa. Das Boot trieb in den Osten Libyens, nachdem der Treibstoff ausging. Das Frachtschiff *Arizona* rettete das Boot nach mehreren Tagen, jedoch war es für die sechs Menschen bereits zu spät.

Auch viele weitere Geflüchtete schafften es nicht bis vor die Küste Italiens. Ein Schiff mit ausschließlich Tunesier*innen **kenterte in der Nacht vom 6. auf den 7. September** vor Mahdia, einer Küstenstadt im Osten Tunesiens. Ein weiterer Schiffbruch, der viele Tote forderte, ereignete sich vor der syrischen Küste, in der Nähe von Tartus. Auf dem Boot, welches den Libanon verließ, befanden sich 150 Syrer*innen, Libanes*innen und Palästinäner*innen. Die Zahl der Verunglückten stieg zuletzt auf 102 Menschen, nur 20 konnten gerettet werden, die verbleibenden Personen gelten weiterhin als vermisst.

PULLBACKS

Aus Tunesien, welches von 12 Millionen Einwohner fast 4 Millionen in absoluter Armut lebende Menschen zählt, flüchteten im September mindestens 1.975 Personen, die die italienische Küste erreichten, während 934 von der tunesischen Küstenwache abgefangen wurden. Im Gegensatz zum Vorjahr ist die Zahl in den ersten 8 Monaten im Jahr 2022 um 23% gestiegen. Vor allem im Frühjahr und Sommer nehmen die Fluchtversuche zu. Da die Jugendarbeitslosigkeit in Tunesien bei etwa 40% liegt, fliehen immer mehr junge Menschen.

Ein Bericht des Tunesischen Forums für wirtschaftliche und soziale Rechte (FTDES) besagt, dass in den ersten acht Monaten 2022 insgesamt 13.000 Tunesier*innen Italien erreicht haben, von denen 2.000 minderjährig sind. Die Zahl der Vermissten und Verunglückten wird auf 500 geschätzt. Der Status Tunesiens als „sicheres Land“ hindert etwa **9000 Geflüchtete und Asylsuchende** daran, das Land zu verlassen. Die **Studie** "Waiting in the middle ground: Blocking the movement of illegalized people on the move in Tunisia, an unsafe country" zeigt, dass die Menschen, die Tunesien als Transitland auf ihrer Reise nach Europa durchqueren wollen, Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen sind.

Die Fakten sprechen für sich: viele Tunesier*innen verließen im Monat September das Land, um nach Europa zu gelangen, was jedoch in einigen Fällen wieder mit Schiffsunglücken und vielen Toten endete.

Von Libyen aus flüchteten nach den Zählungen von *borderline-europe* mindestens 2.616 Menschen im September, die Italien erreichen konnten. Weiterhin wird die so genannte libysche Küstenwache von der EU und den Mitgliedstaaten mit finanziellen Mitteln und militärischer Ausrüstung unterstützt. Dies erhöht die brutalen und illegalen Rückführungen, weswegen 923 Menschen, die aus Libyen im September losfuhren, gewaltsam wieder zurückgebracht wurden. Anfang des Monats tauchte ein **schockierendes Video** auf, in dem ein junger, sudanesischer Geflüchteter von unbekanntem Bewaffneten misshandelt wurde.

Tarig Lamloum, ein Menschenrechtsforscher mit Spezialisierung auf Migration, kommentierte das Video mit den Worten: "Der Videoclip, der sich verbreitet hat und einen Vorfall zeigt, bei dem ein sudanesisches Kind, ein Asylbewerber in Libyen, gefoltert wurde, ist für mich weder neu noch schockierend. Es mag für diejenigen schockierend sein, die die Situation nicht verfolgen". Schwere Misshandlungen, Gewalt und Vergewaltigung ist der bittere Alltag in libyschen Gefangenenlagern, umso unverständlicher ist die jahrelange europäische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit libyschen Autoritäten. Durch die finanzielle und logistische Unterstützung hält die EU dieses gewaltvolle System aufrecht.

WEGE NACH EUROPA

Während die meisten Menschen von Nordafrika aus über das zentrale Mittelmeer Italien erreichen, gewinnen seit Anfang des Jahres auch Überquerungen über das Ionische Meer immer mehr an Zuwachs. Im August waren es 5366 Menschen. Auch im September gab es mehr und mehr Boote mit Geflüchteten, die beispielsweise aus dem **Libanon** losfuhren. Seit Ende 2019 befindet sich der Libanon in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung lebt in Armut. Um der Finanzkrise zu entkommen, fliehen immer mehr Familien.

Im September gab es mehrere Fälle, in denen Boote, die vom Libanon aus losfuhren, als vermisst gemeldet wurden. Da jedoch wenig Reaktion auf die Meldungen folgte, gingen Familienangehörige auf die Straße, um die lokalen und zentralen Behörden aufzufordern, nach den Vermissten zu suchen. Sie blockierten Straßen, um auf sich aufmerksam zu machen, doch ihre Proteste wurden von der libanesischen Armee unterbunden. Da die Boote meist überladen und in schlechtem Zustand sind, und die Überfahrt über die ionische Route deutlich länger ist, sind die Chancen geringer, am Festland in Europa anzukommen.

Ebenfalls gab es einige Abfahrten aus der Türkei. Wie bereits erwähnt, starben sechs Menschen, darunter drei Kinder, bei dem Versuch, von der Türkei aus Italien zu erreichen. Das UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR zählte rund **8400 Geflüchtete seit Anfang des Jahres**, die per Schiff von der Türkei nach Italien kamen. Die Reise von der Türkei aus nach Italien ist 2000 Kilometer weit und dauert demnach dreimal länger als von Libyen aus. Die Umgehung der griechischen Küstenwache, die Ankommende regelmäßig gewaltvoll zurückdrängt oder mitten auf dem Meer aussetzt, ist hierbei ein wichtiger Faktor, der dazu führt, dass sich Menschen für diese noch gefährlichere Route über das östliche Mittelmeer entscheiden. Der stetige Anstieg der „Ionian-Fälle“ über die letzten Monate zeigt die verzweifelte Suche nach Alternativen, da die Route über das Mittelmeer von Nordafrika nach Europa immer mehr überwacht wird. Es gibt mehr und mehr Pullbacks und die Wahrscheinlichkeit, abgefangen zu werden, ist deutlich höher.

ZIVILER WIDERSTAND

Die Rettungen durch NGO-Schiffe brachten wieder hunderte Menschen an Land und in Sicherheit. Die Wahl vom 25. September wird höchstwahrscheinlich entscheidenden Einfluss auf die Situation der zivilen Seenotretter*innen haben. Durch die Machtübernahme Giorgia Melonis und ihrer faschistischen Partei wird es zukünftig noch schwieriger für die Schiffe der NGOs, einen sicheren Hafen zugeteilt zu bekommen. Am 4. September durfte die „Ocean Viking“ der Organisation **SOS Méditerranée mit 459 Menschen** an Bord in Taranto anlegen. Ganze zehn Rettungsoperationen vollzog die „Ocean Viking“, bevor sie nach einer Woche warten, den Bescheid der italienischen Behörden bekam, anlegen zu dürfen. Ein großer Anteil der Geretteten waren Minderjährige, 113 von ihnen unbegleitet. Die kritische gesundheitliche Situation an Bord hatte zu einigen medizinischen Evakuierungen geführt.

Am 22. September legte die **Open Arms Uno** mit 402 Menschen am Hafen der sizilianischen Stadt Messina an. Unter den Passagieren befand sich auch eine Leiche, ein 20-jähriger Eritreer. Nach Angaben der NGO Open Arms starb er, nachdem er von einem „Schleuser“ heftig geschlagen wurde.

Die Sea-Watch 3 veröffentlichte Ende September auf ihrem Twitter und Instagram-Account mehrere besorgniserregende Mitteilungen: Erst rief sie den **„state of necessity“ (Notstandslage)** aus, da ihnen nach mehreren Anfragen kein Hafen zugeteilt wurde, und laut der Crew die Vorräte ausgingen. Nach der letztendlichen Zuteilung eines Hafens legten sie in Reggio Calabria in Süditalien an und wurden prompt **von den italienischen Behörden blockiert**. Nun befürchten sie ein wochen-, wenn nicht sogar monatelanges, Ausharren am Hafen. Die Argumentation von Seiten Italiens ist, dass sie zu viele Geflüchtete auf See gerettet haben. Anwält*innen wurden bereits eingeschaltet, um rechtliche Schritte gegen die Blockade einzuleiten. Mit dieser Entscheidung widersetzen sich die italienischen Behörden bewusst dem Urteil des EuGHs, welches im August verkündete, dass die Schiffe der Seenotretter*innen nicht aus fadenscheinigen Gründen blockiert werden dürfen. Die Antwort der Sea-Watch auf die Blockade, aber auch auf den Rechtsruck der italienischen Politik, ist das Vorhaben ein neues Schiff ins Mittelmeer zu entsenden: Die **Sea-Watch 5**, welche "schneller, größer und effizienter als ihre Vorgängerinnen" sein soll.

Auch die NGO Emergency verkündete den Kauf eines neuen Schiffs, welches „Life Support“ getauft wurde. Noch liegt es im Hafen von Genua, wird aber schon bald auf erste Rettungsmissionen gehen.

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de